

HAMBURG

"Anfang vom Ende der Kunst"

Rebecca Kresse

Kulturwissenschaftler kritisieren Schulsenator Wersich, der mehr Musikstunden zulasten des Kunstunterrichts plant

HAMBURG. Das Echo kam prompt. Kaum war der Vorschlag der von der CDU geführten Schulbehörde, den Kunstunterricht für die Klassen 1 bis 6 nicht mehr verpflichtend zu machen, veröffentlicht, formierte sich der Protest von Künstlern, Wissenschaftlern und Politikern gegen diesen Vorstoß. Sogar innerhalb der CDU führt das Thema zum Streit.

CDU-Kulturpolitikerin Brigitta Martens ist entsetzt. "Das ist nicht nachvollziehbar", sagte sie dem Abendblatt. "Wir Kulturpolitiker wollen, dass beide Bereiche gleichwertig behandelt werden." Sie warnte davor, "einen Keil zwischen die Künste zu treiben. Wir wollen unsere zwei Pflichtstunden Kunst. Ich hoffe, die Vernunft siegt."

Unter Hamburgs Künstlern und in der Kulturszene formiert sich großer Widerstand gegen die Pläne der Schulbehörde. Bekanntester Kritiker ist Wim Wenders, Professor für Film an der Hochschule für bildende Künste (HFBK). "Das ist gewiss der Anfang vom Ende", sagte Wenders. "Wer den Kunstunterricht da unterbindet, wo er noch auf fruchtbarsten Boden fällt und noch ein Samenkorn sein kann, der hat bald auch keine Probleme mehr, Kunst überhaupt für überflüssig zu erklären und somit komplett von öffentlichen in private Hände zu geben."

Auch HFBK-Präsident Martin Köttering ist empört: "Hamburg scheint nichts auszulassen, um mit aller Kraft den ersten Platz als kunstfeindlichstes Bundesland zu belegen."

Bisher waren die Fächer Kunst und Musik verpflichtend bis zur 6. Klasse in den Stundentafeln vorgesehen. Diese Tafeln schreiben den Schulen verbindlich vor, welche Fächer sie wie anbieten müssen und auf welche sie verzichten können. Künftig soll laut Planung zwar der Musikunterricht mit mindestens zwei Wochenstunden Pflichtfach sein - das Fach Bildende Kunst wird aber zu einem Wahlpflichtkurs. Das heißt: Die Schüler können das Fach wählen, wenn die Schule es anbietet, müssen es aber nicht. "Wir sehen die Verpflichtung des Musikunterrichtes als Ergänzung des Projekts ‚Jedem Kind ein Instrument‘, das die musische Frühförderung zum Ziel hat", sagte Jasmin Eisenhut, Sprecherin der Schulbehörde.

Die Deputation der Schulbehörde soll über den Entwurf der Schulbehörde am 22.

Februar entscheiden, sagte Eisenhut - also zwei Tage nach der Bürgerschaftswahl, aber noch mit den alten Deputationsmitgliedern und den alten Mehrheiten. Noch stellt die CDU die meisten Mitglieder.

Diese Tatsache hält der SPD-Schulpolitiker Ties Rabe dem Schulsenator Dietrich Wersich (CDU) vor. "Senator Wersich spekuliert unmittelbar nach der Wahl noch auf die alte Zusammensetzung der Deputation und hofft auf eine hauchdünne Mehrheit", obwohl die Bürger eventuell schon anders gewählt hätten, sagte Rabe. "Wir wollen, dass dieses Vorhaben nicht umgesetzt wird." Deshalb sei seine Fraktion bereits in Gesprächen, "um die Sache zu stoppen".

Michael Gwodsz (GAL) findet den Schritt der Behörde "nicht gerade zielführend". Seiner Meinung nach "kann es keine Hierarchiebildung zwischen den verschiedenen Künsten geben", sagte Gwodsz. Das sieht auch Dora Heyenn (Die Linke) so. "Der Kunstunterricht ist sehr wichtig für die ganzheitliche Entwicklung eines Kindes."

Neben den Politikern protestieren viele Wissenschaftler gegen die Pläne - allen voran die Hochschule für bildende Künste mit Vehemenz gegen den Entwurf der Behörde. "Das Präsidium zeigt sich empört über die Kunstfeindlichkeit der Interimsleitung in der Schulbehörde", heißt es in einer Pressemitteilung. Kunst sei das Schulfach, das "jenseits reiner Wissensvermittlung Raum und Zeit bietet für die Entfaltung von Kreativität, Fantasie und Vorstellungsvermögen - allesamt Schlüsselkompetenzen auch und gerade für das spätere Berufsleben".

Hubert Gaßner, Direktor der Hamburger Kunsthalle, protestierte "aufs Schärfste gegen den Versuch, das Fach Kunst aus den verpflichtenden Unterrichtsfächern zu streichen". Ein solcher Schritt strafe die Bemühungen der Stadt, zu einer Metropole der kreativen Klasse zu werden, Lügen.

Dem Protest haben sich unter anderem auch Dieter Lenzen, Präsident der Universität Hamburg, Elmar Lampson, Präsident der Hochschule für Musik und Theater, Edwin Kreutzer, Präsident der Technischen Universität Hamburg, Karsten Schmidt, Präsident der Bucerius Law School, angeschlossen. Sie alle wollen eine Gleichrangigkeit der Künste in den Schulen.